

# **asta-info**

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuss, Marburg, den 22. 11. 73

## **Studiengelderlaß - der Kumi bittet zur Kasse**

PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG AN DER LAHN  
DER PRÄSIDENT

Betr.: Gewährung von Unterrichtsgeldfreiheit

Bezug: 1.) § 2 des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Erziehungshilfen vom 30.5.1969 - GULE - (Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 114 ff)  
2.) § 3 der Verordnung zur Ausführung des GULE vom 11.12.1972 - AVO - (Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 408 ff)

Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr!

Die grundsätzlich jedem Studierenden gewährte Unterrichtsgeldfreiheit entfällt, wenn der Abschluss des Studiums unangemessen hinausgezögert wird, (§ 1 Abs. 2 GULE). Diese - seit 1961 bestehende - gesetzliche Regelung wurde bisher nicht praktiziert, weil es an einer klaren Bestimmung des Begriffes "unangemessenes Hinauszögern" fehlte. Nunmehr bestimmt § 3 der AVO zum GULE, daß der Abschluß des Studiums dann unangemessen hinausgezögert wird, wenn die Studiendauer die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz festgelegte Förderungshöchstdauer um ein Semester überschreitet (vergl. dazu die Verordnung über die Förderungshöchstdauer für den Bereich von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen vom 9.11.1972, Bundesgesetzblatt I, S. 2076 ff).

Sie haben die nach diesen Bestimmungen zu errechnende Semesterhöchstgrenze um ..... Semester überschritten und sind deshalb verpflichtet, für das Wintersemester 1973/74 Studiengebühren in Höhe von DM 200,- zu zahlen. Ich bin allerdings aufgrund der Verordnung in der Lage, die Weitergewährung der Unterrichtsgeldfreiheit für längstens 3 Semester über die Höchstgrenze zu bewilligen, wenn Sie zwingende Gründe für die Überschreitung nachweisen. Die Entscheidung über noch weitergehende Ausnahmen trifft der Kultusminister.

Ich füge deshalb einen Antragsvordruck auf Weitergewährung von Unterrichtsgeldfreiheit bei. Als zwingende Gründe für die Überschreitung der Semesterhöchstzahl kommen insbesondere in Betracht:

- a) längere Erkrankung
- b) besonders schwierige Studienbedingungen in einzelnen Fächern
- c) besondere Mitarbeit in Gremien der Hochschule und der Studentenschaft

Zur sachgerechten Bearbeitung eines Antrages ist es notwendig, die vorgetragenen Gründe im einzelnen zu belegen (bitte BAFöG-Bescheid, soweit er sich auf den Zeitraum ab Oktober 1973 bezieht, Bestätigung von Krankheit oder Mitarbeit in Gremien der Universität und der Studentenschaft beifügen). Ich empfehle, den Antrag binnen 14 Tagen nach Zugang dieses Schreibens zu stellen.

Studierende, die nach dem ersten Abschluß ihres Studiums wegen einer Promotion noch immatrikuliert sein müssen, können für die Dauer von höchstens 4 Promotionssemestern Unterrichtsgeldfreiheit erhalten. Wenn Sie aus diesem Grund die Gewährung von Unterrichtsgeldfreiheit beantragen, dann fügen Sie dem Antrag eine Bestätigung Ihres Fachbereiches bei, aus der auch zu ersehen sein muß, ab wann Sie als Promovent (Semester) angenommen sind.

Sollten Sie in der genannten Zeit keinen Antrag auf Weitergewährung vorlegen, gehe ich davon aus, daß zwingende Gründe für das Überschreiten der Semesterhöchstgrenze nicht vorliegen. Sie werden sodann einen Gebührenbescheid erhalten.

Asta-Meinung dazu: S.2

### AUS DEM INHALT:

S.2

Prozesse gegen Verfaßte Studentenschaft  
- jetzt auch in Marburg

S.2

Prozesse gegen verfaßte Studentenschaft  
jetzt auch in Marburg

S.3

Marburger Studentenschaft solidarisch  
mit Mannesmännern

S.4

Bafög-Fragebogen ausgewertet

S.6

Neue Impulse zur Chile-Solidarität  
- zum Treffen der europäischen Jugend  
in Turin. (Hierzu bald Ausführlicheres)

## **AUFRUF ZUR DEMONSTRATION**

Die Konferenz der hessischen Asten ruft alle hessischen Studenten auf zur Demonstration gegen die Verschlechterung der sozialen Lage an den Schulen und Hochschulen:

500 DM Bafög-Höchstbetrag sofort !

1200 DM Elternfreibetrag sofort !

Termin: 6. 12. 1973

Frankfurt, Opernplatz

# **6.12.**

# Prozesse gegen Verfasste Studentenschaft jetzt auch in Marburg

Anfang des Sommersemesters 1969 trauchte in den Marburger Kinos zwischen Marlboro-Freiheit und tönender Wochenschau das NHB - Einblendia auf: "Verweigert die Zahlung des AstA-Beitrags! Zahlt 64.-DM statt 73.-DM! KEINE PINKE FÜR DIE LINKE!"

Burschenschaften & Corps schlossen sich an à la: "Und die 9.-DM könnt Ihr bei uns prima auf den Kopf hauen!"... Rechte Spinner? Am Ende der Von RCDS-Funktionären und NPD-Studentenbund getragenen Kampagne fehlten dem AstA 20.000.-DM Studentenschaftsbeiträge, die nur mühselig beigetrieben werden konnten:....

Am 7.10.1973 baantragten Herren ähnlicher Couleur beim Verwaltungsgericht Kassel: "...festzustellen, daß die Philipps-Universität Marburg kein Recht hat, die Immatrikulation (...) von der Zahlung eines Beitrages in Höhe von 9.50 DM für die Studentenschaft abhängig zu machen!"

Die Kommilitonen Wasserträger marschieren wieder, und sie sind nicht allein: Überall in der BRD versucht in den letzten Monaten rechtes Jungvolk - koordiniert über Kölner Rechtsanwaltsbüro (das sonst, natürlich, für den BuF arbeitet) - durch verwaltungsgerichtliche Klagen die Beitragshoheit (das Recht, von allen Studenten Beiträge zu erheben), die Haushaltsautonomie (freie Verwendung der Mittel nach dem gebilligten Haushaltsplan) und das Recht auf politische Interessenvertretung durch die verfasste Studentenschaft (= politisches Mandat) einzuschränken.

Die Kampfkraft der Asten und Fachschaften soll geschwächt werden, vor allem aber soll der Dachverband der westdeutschen Studentenschaften, der vds, aller finanziellen Mittel entblößt, "totgeklagt" werden.

Nicht nur die studentischen Hilfstruppen der Reaktion marschieren: In Baden-Württemberg und in Bayern haben die betreffenden KuMis die Präsidenten qua Rechtsaufsicht angewiesen, sofort und unnachsichtig gegen alles vorzugehen, was sich auch nur im entferntesten als Gebrauch des politischen Mandats" durch die Asten interpretieren läßt. In Stoltenbergs Schleswig-Holstein schließlich darf die Uni-Verwaltung in Kiel nicht länger die AstA-Beiträge mit den Sozialgebühren zusammen einziehen, die gesamten Kosten der Beitreibung (die bisher praktisch nicht vorkam) treffen nun den Kieler AstA...

Die Stoßrichtung von KuMi-Repression wie rechtsstudentischen Klagen ist die gleiche: Beitragshoheit, Haushalt, politisches Mandat, und - hierüber vermittelt - VDS.

Das bisherige Ergebnis der Kampagne zur Austrocknung des vds:

Keine vds-Beiträge zahlen dürfen zur Zeit:

- Uni Freiburg
- PH Freiburg
- Uni Heidelberg
- Uni Karlsruhe
- Uni Münster
- PH Münster
- Uni Tübingen
- EWI Worms
- RWTH Aachen

Unter bestimmten Bedingungen zahlen dürfen:

- Hamburg
  - Uni Bonn
  - Uni Köln
  - PH Rheinland
- 1/4 ihres Beitrages

Die laufenden Prozesse und Auseinandersetzungen geben jedoch nur einen Vorgesmack auf die HRG-getrübe Zukunft: Denn die Regelungen, die dort bezüglich verfasster Studentenschaft getroffen werden, sind exakt darauf zugeschnitten, derlei Übergriffe zu ermöglichen:

- Die Beitragshoheit ist nur als Möglichkeit vorgesehen ("kann"), das eröffnet den Herrschenden auf Landesebene die Chance, die Asten und Fachschaften von "projektgebundenen Zuweisungen" der Hochschule abhängig zu machen. Was konkret bedeuten kann, das etwa Gelder für Sozialkämpfe und NC-Kampagnen nicht zur Verfügung gestellt würden, von den VDS-Beiträgen ganz zu schweigen.

## "AUS DEM RECHTEN NÄHKÄSTCHEN..."

Warum die verfasste Studentenschaft so verfassungswidrig ist (Grundzüge der Klageschrift vom 7.10.73)

1. Die Studentenschaft als öffentl. rechtl. Körperschaft ist wesentlich leistungsfähiger als ein privatrechtl. Zusammenschluß. Letzterer wird dadurch unmöglich. Das ist aber verfassungswidrig... (S.4)
2. Die Aufgaben der Studentenschaft sind rechtswidrig:
  - Die Studentenschaft soll die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Da es aber unterschiedliche politische Programme gibt (etwa vom RCDS und vom MSB), gibt es keine einheitlichen Interessen. Allein diese Aufgabe der Studentenschaft macht sie schon verfassungswidrig... (S.7f.)
  - Die "Förderung der politischen Bildung" (§27 Abs.2 Ziff 5 HHG) kann nicht auf Leute übertragen werden, deren Ziel die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates ist... (s.8)
3. Der AstA praktiziert das politische Mandat, da er der Ansicht ist:
  - "die Wurzeln der Hochschulmisere liegen im kapitalistischen System der BRD, ihre (?) Forderungen können nur im Kampf gegen das Großkapital durchgesetzt werden..." (S. 11)
4. Die Beitragsverweigerung ist daher legitimer Ausdruck der Kritik... (S.13)

- Durch die Übertragung der Rechtsaufsicht auf die Präsidenten der jeweiligen HS verlagern sich zudem die Eingriffsrechte des KuMi auf die dezentrale Ebene ("flexible Reaktion"), was zersplittertes Reagieren und Auseinanderdividieren der einzelnen Studentenschaften zur Folge haben kann, - Das "Politische Mandat", die politische Interessenvertretung der Studenten, ist auf ein undefinierbares "hochschulpolitisches Mandat" verkürzt, wobei aber aus der Undefinierbarkeit nicht darauf geschossen werden kann, die "Juristerei" werde "Schwierigkeiten" haben, "die Grenze zwischen HS-Politik und allg. Politik konkret zu fassen". Denn die Klassenjustiz hat noch nie Schwierigkeiten gehabt, mittels unbestimmter Rechtsbegriffe demokratische Rechte zu beschneiden, und gerade in der Frage des "politischen Mandates" Beispiele der verkommensten Rabulistik geliefert.

JUNGER FREUND  
WAS HEISST HIER DENN  
"ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE"  
UND "REAKTIONÄRE HOCHSCHULFORMIERUNG"?



Das Einfallstor für den jederzeitigen "rechtsaufsichtlichen" Eingriff des Präsidenten, für die Klage politisch abservierter Rechtsgruppen liegt offen da, die nächsten Angriffe werden nicht auf sich warten lassen.

(Fortsetzung v. S. 1)

Der AstA stellte dazu fest:

Mit obenstehendem Brief des Universitätspräsidenten Zingel wird jetzt auch in Marburg der Studiengelderlaß des hessischen Kumi durchgeführt: ca. 800 Studenten, die den Abschluß ihres Studiums angeblich "unangemessen hinauszögern", sollen künftig 200 DM Studiengebühren pro Semester zahlen. Die Studenten werden so für lange Studienzeiten verantwortlich gemacht werden, deren Ursache in der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssektors liegen.

- Z. B. ein- bis zweisemestrige Wartezeiten zur Zulassung zum Praktikum für Lehrenderstudenten im FB Chemie;
- Z. B. Tutorien mit 50 bis 100 und Seminare mit bis zu 200 Teilnehmern;
- Z. B. die mangelhafte Ausstattung der Bibliotheken;
- Z. B. die unzureichende Ausbildungsförderung, die 40 % der Studenten zwingt, in der vorlesungsfreien Zeit, und 20 % der Studenten auch während des Semesters, regelmäßig zur Finanzierung ihres Studiums zu arbeiten;

Das sind die wirklichen Ursachen dafür, daß sich die Studiendauer z.B. in Marburg in den letzten 2 Jahren von durchschnittlich 5,7 auf 6,3 Jahre erhöht hat.

Der Zweck der Übung ist eindeutig. Nicht einige "bemooste Häupter" sollen aus der Universität entfernt werden, wie demagogisch behauptet wird. Vielmehr: Durch materiellen Druck auf die Studenten sollen die im Hochschulrahmengesetz vorgesehenen rigiden Regelstudienzeiten vorweggenommen werden.

Betroffen sind in besonderem Maße Studenten aus sozial schwachen Familien, die zusätzliche finanzielle Belastungen nicht durch Schecks von zu Hause kompensieren können - also eine weitere Verschärfung des sozialen Numerus Clausus.

WAS TUN?

Zum einen: den politischen Kampf gegen das HRG und seine schrittweise Einführung in Hessen aufnehmen. Das ist Sache aller Studenten. Nicht weil wir abstrakt gegen ein geregeltes Studium sind, sondern weil die Regelstudienzeit der administrative Hebel ist, um eine fachborniert ausgebildete und politisch fügsame Intelligenz heranzuziehen.

Zum anderen: gemeinsames Vorgehen der unmittelbar Betroffenen organisieren. Legt massenhaft Widerspruch gegen die Benachrichtigung der Uni-Verwaltung ein. Begründet den Widerspruch an erster Stelle mit den miserablen Studienbedingungen. Geht gemeinsam vor! Präsident Zingel hat sich geweigert, dem AstA Namen und Adressen der Betroffenen mitzuteilen. Vereitelt seinen Versuch, gemeinsames Vorgehen zu verhindern und durch individuelle Lösungsangebote "Dampf abzulassen". Meldet Euch im AstA, um durch einheitliche Widerspruchsfomulare den gemeinsamen Protest gegen die materielle Misere an den Hochschulen zu ermöglichen!

VEREINZELUNG IST DIE GRUNDLAGE DER RESIGNATION, GEMEINSAMES HANDELN VORAUSSETZUNG DES ERFOLGS!

Diese Angriffe sind nicht neu- sie begleiten die gesamte Entwicklung der verfassten Studentenschaften, seit sie sich von der demokratischen Spielweise, auf der imperialistische Ideologie (Stichwort "Gewandteutsche Referate") und ständisch-bornierte Vertretung "studentischer Belange eingüß wurden,

hinbewegten zu Instrumenten und Koordinationsorganen studentischen Massenkampfes.

In dem Maße, in dem die von den ASten organisierten Kämpfe - als Kämpfe um Reproduktions- und Qualifikationsinteressen der Studenten

- objektiv antimonopolistischen Charakter annehmen und sich gegen die realen Machtzentren der Gesellschaft - das Monopolkapital und seinen Staat- zu richten begannen, in demselben Maße wurde von den Herrschenden der Abbau der die Kämpfe tragenden Institution verfasste Studentenschaft betrieben. Die Maßnahmen reichen dabei - je nach Herrschaftsvariante

- von der Zerschlagung der VS (Westberlin, Bayern) über die Änderung des Wahlmodus, den Entzug der Beitrags- und Haushaltshoheit (NRW) bis hin zu ständigen "Rechtsaufsichts"-Attacken und den oben erwähnten Klagen. Nachdem der "1. Marburger Sozialkampf" im SS 1971 noch neben dem solidarischen Handeln von 4.000 Studenten - durch die Weigerung des StuPa, der Sozialgebührenerhöhung zuzustimmen, entschieden werden konnte, wurde diese Kompetenz des ASts qua Novellierung des Studentenwerksgesetzes gestrichen, der Kampf mußte im SS 1972 auf erhöhter Stufenleiter und unter schwierigeren Bedingungen wieder aufgenommen werden.

Die herrschende Klasse marschiert auf breiter Front. Sie weiß, warum:

ohne uns!



Sie muß bei den anstehenden Auseinandersetzungen um das HRG (Stichworte Mitbestimmung, Regelstudienzeiten, "Studienreform", NC, politische Disziplinierung) und vor allem bei dem langwierigen und widersprüchlichen Prozeß der Umsetzung des HRG auf Landes- und Hochschulebene die Reibungsverluste möglichst geringhalten, jeden Ansatz zur Brechung ihres Meinungsmonopols an der Hochschule abbrechen.

Notwendige Voraussetzung dazu wäre eine in wesentlichen Bereichen nicht mehr handlungsfähige Studentenschaft, die nicht mehr in der Lage wäre, überregional, regional und auf Uniebene die Initiativen der Studenten zusammenzufassen und die Aktivitäten zu koordinieren.

Setzen wir diesen konzentrischen und differenzierten Angriffen unser geschlossenes Handeln entgegen. Stärken wir die Organe der verfassten Studentenschaft!

3000 ROTE UND ROSA BÜCHER BEI:

Politische Buchhandlung Roter Stern GmbH Filiale 355 Marburg, Am Grün 23 Tel. 36421 2467 von 10-18 Uhr geöffnet Postfach Frankfurt/a. 10533

Unterstützt das linke Informationszentrum durch Fachbuchbestellungen (ca. 3 Tage, DDR ca. 14 Tage)

ANTIQUARIAT JETZT NEU MAL REINSCHAUN! KEINE PRIVATEN PROFITE.

- Überregional den vds, denn zentrale Koordination und Organisation ist unbedingte Voraussetzung, wenn zentraler Formierung auch nur halbwegs effektiv begegnet werden soll.
- Auf Hochschulebene den AStA, denn Koordination, Initiierung und Organisation der Aktivitäten kann nur von ihm geleistet werden.
- Auf Fachbereichsebene die Fachschaften, denn der objektiv antimonopolistische Charakter der Aktionen der verfassten Studentenschaften bedingt zugleich, daß breite Teile der Studenten an diesen Aktionen teilnehmen.

Blutspendetermine:

26. (Mo.) und 28. (Mi.) November
16. (Mi.) und 21. (Mo.) Januar
4. Februar
jeweils 1430h - 1800h.

Tragt Euch vorher an Büchertischen und im AStA-Geschäftszimmer in die Spenden-Formulare ein!

Bis zum 15.11.73 haben sich 170 Spender (= 6750.-DM) gemeldet!

BLUTSPENDEAKTION FÜR CHILE

Das Aktionskomitee "Solidarität mit dem chilenischen Volk" ruft die Bevölkerung Marburgs, die Arbeiter, Angestellten, Hochschullehrer und Studenten auf, Blut zu spenden für die verfolgten chilenischen Demokraten und für die Hinterbliebenen der von der faschistischen Junta ermordeten Freiheitskämpfer! Überzeugt Eure Freunde und Nachbarn von der Notwendigkeit, durch ihre Blutspende materielle Solidarität mit dem Chile der Unidad Popular zu leisten!

Das beachtliche Ergebnis der Blutspendeaktion für das Kinderkrankenhaus in Hanoi hat die besonderen Möglichkeiten dieser Form der materiellen Solidarität bewiesen. Das Geld dieser Aktion wird über das Konto Dr. Wulff des Antimperialistischen Solidaritätskomitees Vertretern der rechtmäßigen und amtierenden Regierung Chiles, der Unidad Popular, in Rom überwiesen. Informationen sind über den AStA zu erhalten.

Marburger Studentenschaft solidarisch mit Mannesmännern

Am Samstag, dem 10.11. fand in Duisburg-Huckingen eine Solidaritätsveranstaltung gegen die Entlassung der 22 Mannesmann-Kollegen statt, zu der auch der Marburger AStA eine Delegation entsandt hatte.

Die Solidarität mit den Entlassenen (aktive sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Gewerkschaftler) war groß: über 250 Solidaritätstelegramme aus der ganzen BRD (besonders aus Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen), zahlreiche Betriebsdelegationen aus dem ganzen Ruhrgebiet sowie eine machtvolle Demonstration von etwa 7.000 Arbeitern, Lehrlingen und Studenten. Selbstbewußt konnte H. Aps, einer der 22 entlassenen Kollegen, feststellen: "Wir wollen keine Gnade, wir wollen unser Recht!" Ein Teilerfolg in diesem Kampf ist die Zurücknahme der Entlassung in bisher 99 von ursprünglich 121 Fällen. Daß dies nicht der 'Menschlichkeit' des Vorstandes, sondern dem solidarisieren ist, spiegelte sich auch in den verschiedenen Redebeiträgen wider.

- Ein Vertreter des Landesverbandes Westfalen der "Falken" zog die Schlußfolgerung, die Ereignisse bei Mannesmann machten erneut deutlich, daß die paritätische Mitbestimmung auf allen Ebenen durchgesetzt werden müsse.
- Der VDS-Sprecher (P. Wahl, MSB) hob die gemeinsamen antimonopolistischen Interessen von Arbeiterklasse und Studenten hervor. Er unterstrich, in Betrieb und Hochschule wären die aktiven Interessvertreter der politischen Disziplinierung durch die herrschende Klasse gleichermaßen ausgesetzt. Die vom VDS organisierte Delegation einer Reihe von Studenten-Delegationen an dieser Kundgebung war sicherlich ein weiterer konstruktiver Schritt auf dem Wege des Bündnisses von Arbeiter- und Studentebewegung.

H. Vollmann vom Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten nahm die Ereignisse bei Mannesmann zum Anlaß, um auf die nach wie vor existierende Klassenwillkür der Unternehmer hinzuweisen. Dagegen habe die Arbeiterklasse nur ein Mittel: die Solidarität.

Zwei Kollegen überbrachten für den Betriebsrat und den Vertrauensleutekörper des Dortmunder Hoesch-Konzerns solidarische Grüße. Sie verbanden ihre Erklärung mit einer deutlichen Kritik an der Haltung der IGM, die sich bisher noch zu wenig aktiv auf die Seite der Betroffenen gestellt hat. So hatte die IG Metall zwar allen Entlassenen Rechtsschutz gewährt, aber nicht offiziell an der Veranstaltung teilgenommen.

Der Meidericher Betriebsratsvorsitzende H. Lukrawka, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, entwickelte aus den Kämpfen bei Mannesmann die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, ohne die kein Erfolg und keine grundsätzliche Veränderung des Kräfteverhältnisses möglich sei.

Die Veranstaltung wurde beendet mit einem Aufruf des Sprechers des Solidaritätskomitees, Pfarrer Höhn, an die Teilnehmer und alle demokratischen Kräfte in der BRD, den Kampf fortzusetzen, bis auch der letzte entlassene Kollege wieder eingestellt sei.

Die Aufgabe der demokratischen Studentebewegung in Marburg muß es vor allem sein, heben der agitatorischen Verankerung der Forderungen der Belegschaft materielle Unterstützung für die betroffenen Familien zu leisten. Auf der Kundgebung wurde ein guter Anfang gemacht: 2.300 DM! Spenden wir auf das Solidaritätskonto: 210.002.275 Stadtparkasse Duisburg, Zweigstelle Bruckhausen, Pfarrer M. Höhn, Kenntwort: Solidarität

# BAFÖG-FRAGEBOGENAKTION AUSGEWERTET

## Bafög-Frageaktionen ausgewertet

Das Ergebnis der Fragebogenaktionen des AStA (die selbstverständlich keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt) über die Höhe der Bafög-Kürzungen in Marburg bestätigt die Einschätzung des VDS, daß der festgeschriebene Förderungshöchstsatz und der Elternfreibetrag in diesem Wintersemester eine wesentliche Verschlechterung der sozialen Situation der Studenten zur Folge hat (siehe AStA-Info vom 7.11.73).

Die überwiegende Mehrheit der ausgefüllten Fragebogen geben als tatsächlichen Ausgabebetrag eine Höhe um 500 DM an. Dieses Ergebnis zeigt einerseits, daß viele Studenten die inflationären Preissteigerungen, Mieterhöhungen, Sozialgebühr-erhöhung etc. durch erhebliche Konsumtionsbeschränkungen zu kompensieren gezwungen sind.

(Das Deutsche Studentenwerk errechnete die durchschnittlichen Studienkosten auf 660 DM!) die andere Seite der Kompensation ist das Jobben, oftmals sogar während des Studiums (Nach einer Untersuchung des DSW hat sich die Zahl der auf Jobben angewiesenen Studenten seit 1967 mehr als verdoppelt: 20% arbeiten während des Semesters, 40% in den Semesterferien!)

Denn der schon im WS 71/72 völlig unzureichende Höchstbetrag von 420 DM wurde zum WS 73/74 laut Auskunft der Marburger Bafögstelle trotz inflationärer Preissteigerungen 20% ihrer Empfänger gekürzt. Der durchschnittliche Förderungsbetrag wurde nach Errechnung derselben Stelle den Marburger Studenten um 107 DM gekürzt. Nahezu ausschließliche Begründung für diese Aktion sind die berechtigten Inflationzulagen der Eltern der Studierenden, deren Nominallohn zwar erhöht wurde, deren Reallohn allerdings noch nicht einmal gehalten werden konnte - dennoch Grund genug für die Bundesregierung, ihre "Stabilitätspolitik" auf dem Rücken der

Arbeiterklasse zu betreiben. Denn es sind die Studenten aus sozial schwachen Schichten, vor allem Arbeiterkinder, die von den Kürzungen im Verein mit allgemeiner Teuerung betroffen sind, die nicht auf monatlichen Scheck ihrer Eltern rechnen können. Ihnen wird, wie es die Landesastenkonzferenz in ihrer Resolution formuliert hat, mit blankem Zynismus das Recht auf eine wissenschaftliche Ausbildung zugestanden, gleichzeitig die Mittel dafür vorenthalten und somit der Zugang zur Hochschule versperrt.

Wenn in einer Umfrage des Infratest, mit höchster Wahrscheinlichkeit von Dohnany in Auftrag gegeben, an den Studenten zynisch die Frage gestellt wird: "Wenn Sie die Wahl hätten, wofür würden Sie sich entscheiden: a) lieber ein höheres, den Lebensunterhaltungskosten angepaßtes Stipendium in Form eines (rückzahlbaren) Darlehens oder b) ein Stipendium, das für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten nicht ausreicht, aber auch nicht zurückgezahlt werden muß" - dann zeigt dies deutlich die Alternativen des kapitalistischen Systems - es ist nicht bereit, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Für uns gibt es keine Alternativen, als den Kampf für ein kostendeckendes Bafög aufzunehmen. Dies bleibt keine isoliert studentische Maßnahme, denn die augenblickliche Situation richtet sich ebenso gegen die Interessen der Arbeiterklasse, insofern sie den sozialen NC verschärft und damit die wissenschaftliche Qualifikation für Arbeiterkinder verhindert.

Fordern wir gemeinsam:

Anhebung des Bafög-Höchstförderungssatzes auf 500 DM sofort!

Anhebung des Elternfreibetrages auf 1200 DM sofort!

Essenspreise und Sozialgebühren, die inflationäre Preisentwicklungen nicht durch elterliche Schecks kompensieren können - die ihren Lebensunterhalt durch Jobben nicht nur in den Semesterferien sondern in immer stärkerem Maße auch "neben" dem Studium zu finanzieren gezwungen sind - auf Kosten ihrer wissenschaftlichen Qualifikation. Nach Erhebung des deutschen Studentenwerkes hat sich die Zahl der auf Ferienarbeit angewiesenen Studenten auf 40% erhöht, 20% müssen während des Semesters zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten.

Die Politik der sozialen Demontage betrifft besonders die Kinder aus sozial schwachen Schichten, vor allem die Arbeiterkinder. Ihnen wird mit



blankem Zynismus das Recht auf eine wissenschaftliche Qualifikation zugestanden, gleichzeitig die sozialen Voraussetzungen dafür vorenthalten und damit der Zugang zur Hochschule versperrt.

Im Kampf gegen den sozialen Numerus Clausus fordern wir mit dem VDS als ersten Schritt: die Anhebung des Bafög-Höchstförderungssatzes auf 500 DM sofort! Anhebung des Elternfreibetrages auf 1.200 DM sofort! Schrittweise Anhebung auf den kostendeckenden Satz, der nach Untersuchungen des Deutschen Studentenwerkes für 73 bei 660 DM liegt.

Besonders betroffen von der sozialen Verschlechterung sind die ausländischen Studenten, deren Stipendien oftmals gekürzt werden oder durch Währungsänderungen an Wert verlieren. Darüber hinaus verbietet ihnen das reaktionäre Ausländergesetz ein Hinzudienen. Darum fordern wir ihre Einbeziehung in das Bafög.

Es wird darauf ankommen, anknüpfend an der Forderung des DGB zur Anhebung des Bafög-Satzes im Bündnis mit den Organisationen der arbeitenden Bevölkerung eine Verbesserung der sozialen Lage der Studenten zu erkämpfen.

Für die hessische Landes-Asten-Konferenz

(Peter Kaiser)

AStA-Vorsitzender der Universität Marburg

(Fortsetzung S. 5, Spalte 1)

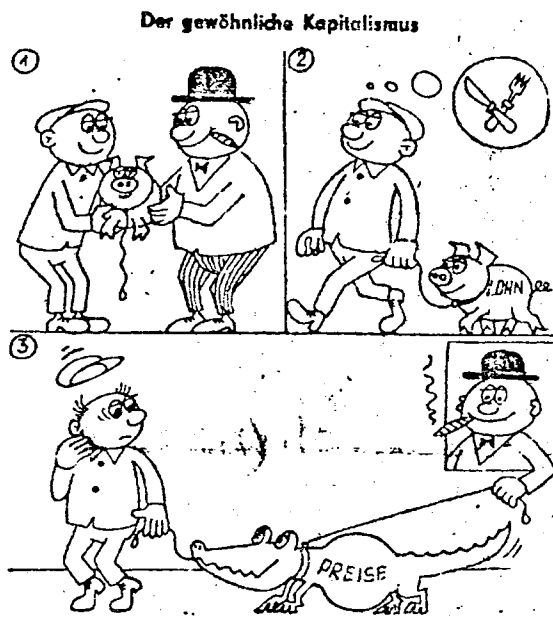
## HESSISCHE UNIS UND FHS GEMEINSAM GEGEN SOZIALE DEMONTAGE

Am 13.11.73 fand in Marburg die dritte Landesastenkonzferenz (LAK) in diesem Semester statt, auf der neben den Studentenschaften der Universitäten (außer Darmstadt, dort hat sich der AStA aufgelöst) auch zahlreiche Fachhochschulen vertreten waren. Schwerpunkt der Beratungen war das gemeinsame Vorgehen gegen die permanente Verschlechterung der materiellen Lage der Mehrheit der Studenten durch steigende Mieten und Lebenshaltungskosten und gleichzeitige Bafög-Kürzungen. In besonderem Maße betroffen sind die Studenten der FHS, von denen durchschnittlich 80% auf das Bafög angewiesen sind (mehr als 20% der FHSchüler sind Arbeiterkinder): z.B. an der FHS Friedberg wurde der Bafög-Satz allein vom SS 73 zum WS 73/74 um durchschnittlich 100.-DM gekürzt.

Individuelle Kompensation durch Werkarbeit ist hier aufgrund des rigide reglementierten Studiums kaum möglich. Die Unruhe unter den FHSchülern ist erheblich. So waren es vor allem die Vertreter der FHS, die auf gemeinsame Aktionen drängten. Erster Schritt war eine Erklärung zur sozialen Lage der Studenten:

### ERKLÄRUNG DER KONFERENZ DER HESSISCHEN ASTEN VOM 13.11.1973 ZUR SOZIALEN LAGE DER STUDENTEN

Die soziale Verschlechterung im Schul- und Hochschulbereich wurde zu Beginn dieses Semesters für einen großen Teil der Studenten durch durch erhebliche Kürzungen oder auch Streichungen ihres Stipendiums nach dem Ausbildungsförderungsgesetz wesentlich vorangetrieben. War schon 1971 der Förderungs-



höchstbetrag von 420 DM zur Abdeckung eines ausreichenden Lebensunterhalts völlig unzureichend, so wurde dieser Betrag in den folgenden Jahren nicht nur eingefroren, sondern weiter reduziert; in Marburg bis zum Wintersemester 1973/74 um durchschnittlich 107 DM, an der Fachhochschule Gießen - Bereich Friedberg - allein in diesem Jahr durchschnittlich 100 DM. Diese Kürzungen sind Folge des auf 800 DM festgeschriebenen Elternfreibetrages, der die von der Arbeiterklasse in den letzten Jahren erkämpften, zur Aufrechterhaltung der Existenz notwendigen Inflationzulagen von dem Stipendium der studierenden Kinder abzieht. Die Bafög-Kürzungen treffen vor allem diejenigen Studenten, die auf dem Wohnungsmarkt einerseits einem Mangel an Wohnheimplätzen und andererseits untragbar hohen Mieten gegenüberstehen, die steigende

**im BLITZ-IMBIS**

1 Minute von der Mensa  
Täglich, außer Montag, von 11.00 bis 23.00 Uhr.  
Inh.: Hans Stöhr, Tel.: 23319

**HIER KÖNNEN SIE GUT UND PREISWERT ESSEN!**

Für Kenner etwas besonderes:  
Schwäbische Kutteln

Spezialitäten:  
23 internationale Biersorten  
• echtes Baumberger Rauchbier  
• Pilsener, Guinness, Tuborg  
PILSENER URQUELL VOM FAB

Gleichzeitig wurde ein Solidaritätstelegramm an den Mannesmann-Betriebsrat zur Unterstützung der gefeuerten 22 Kollegen verabschiedet.

Die LAK beschloß, folgende Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen an allen Hochschulen durchzuführen:

Fragebogenaktionen über Höhe und Ausmaß der Bafög-Kürzungen, Infostände, Presseerklärungen, Fachschafts- und Studentenvollversammlungen, Zusammenarbeit mit der GEW, mit Gewerkschaftsjugend und Schülerorganisationen, Eingaben an die Stadtparlamente, Aufklärung der Bevölkerung u.ä.



Die LAK ruft auf zu einer zentralen Demonstration aller hessischen Studentenschaften gegen materielle Misere und sozialen Numerus Clausus und für sofortige Anhebung des Bafög-Satzes auf 500.-DM und des Elternfreibetrages auf 1200.-DM am 6. Dezember in Frankfurt.

Auf der Kundgebung werden sprechen: ein Vertreter des vds, ein Vertreter der hessischen ASTen, ein Vertreter des Landesjugendausschusses des DGB und ein Vertreter des Landeschülerrates.

Der erfolgreiche Verlauf der LAK zeigte, da die zunehmende Einsicht in die Betroffenheit aller Studentenschaften von Gebührenerhöhungen, Mieterhöhungen, Bafög-Kürzungen etc. bessere Möglichkeiten für überregionale koordinierte Aktionen geschaffen hat.

Es wird darauf ankommen, die LAK zu einem regelmäßig tagenden und verbindlich arbeitendem Gremium zu machen, um die Kämpfe an einzelnen Hochschulen zusammenzufassen und ihnen größere Schlagkraft zu verleihen.

# Was geht an andren Unis vor?

## POLITISCHE DISZIPLINIERUNG

Fachhochschulen Karlsruhe und Lippe

An der FHS Karlsruhe ging man - d.h. die Kultusbürokratie und ihre Vertreter im Senat der FHS daran, den politischen Hochschulgruppen und dem AstA nicht nur den Vertrieb von politischen Schriften und Büchern zu untersagen, sondern darüber hinaus das Aushängen politischer Plakate zu verbieten. Durch diese Maßnahme sollte der Meinungsaustausch und der freie Informationsfluß unter den Studenten verhindert, Solidaritätsaktionen unmöglich gemacht und eine wirksame Interessenvertretung der Studenten unterbunden werden...

Es blieb jedoch beim Versuch! In seiner Sitzung am 30. 10. 73 hat es der Senat der FHS nicht geschafft, das beabsichtigte Verbot zu beschließen.

Unter dem Eindruck der solidarischen Aktionen der Studenten, unter dem Eindruck von 744 Unterschriften hat er das "Problem" bis auf weiteres vertagt.

An der FHS Lippe in Lemgo hatte der AstA Chile-Plakate an seine Mitteilungsbretter gehängt. Die Reaktion sah so aus:

### Mitteilung des Kanzlers an den AstA der FHS Lippe:

Aus gegebenem Anlaß mache ich darauf aufmerksam, daß die Mitteilungsbretter für die verfaßte Studentenschaft in den Dienstgebäuden der Fachhochschule Lippe nur für solche Zwecke genutzt werden dürfen, die dem rechtlich vorgesehenen Aufgabenkreis der Organe der verfaßten Studentenschaft entsprechen. Wie in ständiger Rechtsprechung festgestellt wurde, kann die verfaßte Studentenschaft ein politisches Mandat für die von ihr repräsentierten Studenten nicht beanspruchen. Mithin ist die Veröffentlichung von rein politischen Mitteilungen und Plakaten, die keinen deutlichen Bezug zur aktuellen Hochschulpolitik enthalten, an den Mitteilungsbrettern der verfaßten Studentenschaft nach der gegenwärtig geltenden Rechtsordnung nicht zulässig.

Ich bitte Sie, diese eindeutige Rechtslage künftig zu beachten. Unterschrift.

Studentischer Filmclub e.V.

# Sowjetische Filmwoche

17.11. -24.11.

Sa. 17.11. 20 Uhr

Das Fräulein und der Rowdy  
Regie: E. Slawinski  
UdSSR 1918

22 Uhr

Die ungewöhnlichen Abenteuer des Mr. West im Lande der Bolschewiki  
Regie: L. Kuleschow  
UdSSR 1924

Mo. 19.11. 20 Uhr

Streik  
Regie: S. Eisenstein  
UdSSR 1925

22 Uhr

Der Schneider von Torschok  
Regie: J. Protasanow  
UdSSR 1925

Di. 20.11. 20 Uhr

Der Drei-Millionen-Prozeß  
Regie: J. Protasanow  
UdSSR 1926

22 Uhr

Das Salz von Swanetien  
Regie: M. Kalatasow  
UdSSR 1930

Do. 22.11. 20 Uhr

Das Ende von St. Petersburg  
Regie: W. Pudowkin  
UdSSR 1927

22 Uhr

Das Haus in der Trubnaja-Straße  
Regie: B. Barnet  
UdSSR 1928

Sa. 24.11. 20 Uhr

Arsenal  
Regie: A. Dowshenko  
UdSSR 1929

22 Uhr

Das neue Babylon  
Regie: G. Kosinzew u. L. Trauberg  
UDSSR 1929

Wegen des umfangreichen Filmmaterials, das teilweise zum erstenmal in der BRD gezeigt wird, zeigt der Filmclub in jeder Vorstellung andere Filme, statt, wie sonst üblich, einen Film pro Abend. Um den Hausmeister zu entlasten, haben wir für die Filmwoche geänderte Anfangszeiten: 20 und 22 Uhr.

Ermäßigter Eintritt zu allen Veranstaltungen 1,50 DM.

Do. 15.11. 20 Uhr  
Einführung zur Filmwoche  
(F. Hitzer, München)  
im Anschluß

Das elfte Jahr  
Regie: D. Vertov  
UdSSR 1928

Eintritt frei!

Alle Veranstaltungen  
Landgrafenhaus HS101

Rechtswissenschaft - Wirtschaftswissenschaft

Lehrbücher Kommentare  
Gesetzesausgaben

in der

Fachbuchhandlung für Recht  
und Wirtschaft  
K. Th. Lühr

Marburg/Lahn  
Universitätsstrasse 2  
Tel. 22255

# Grab's W.G. Bauernstube

Durchgehend warme Küche

bis 24<sup>00</sup> Uhr

Barfüßer Straße 37

# Ohne Angst ins Examen

## mit BUCHBINDEREI W. Götzfried Marburg,

WIR BINDEN:  
Dissertationen  
Bibliothekseinbände  
Restaurationen  
Künstlerische Bände  
Verlagsauflagen  
ZWETSCHENWEG 23  
(am Sportfeld)

IHRE EXAMENSARBEITEN SIND IN 5 MINUTEN FERTIG...  
SIE KÖNNEN DARAUF WARTEN !!

### Impressum

Herausgeber : Asta Marburg  
Redakteure : R. Jaretzki, P. Kaiser,  
St. Plappert, U. Wolschke  
(verantw.).

Druck : Eigendruck

# NEUE IMPULSE für die CHILE-SOLIDARITÄT

Aus 24 Ländern trafen sich Vertreter der internationalen und nationalen Jugendorganisationen Europas am 17. 11. 1973 in Turin zur Solidaritätskonferenz der Jugend und Studenten mit Chile. Als Fortsetzung der europäischen Solidaritätskonferenz vom 22. 9. 1973 in Paris wurde in Turin über die großartige Antwort der Jugendbewegungen auf die in Paris beschlossenen Aktionen und Schwerpunkte, über deren Fortsetzung und Intensivierung debattiert. Die immense Solidaritätsbekundung und Festigung der Bewegung äußerte sich auch auf der anschließenden Demonstration und Kundgebung - organisiert von der Metallgewerkschaft Italiens - wo sich 150.000 Arbeiter und Jugendliche aus ganz Europa eingefunden hatten.

Die bisher erreichte Breite des Bündnisses gegen die chilenische Militärjunta zeigte sich in der Vereinigung der verschiedenen politischen, ideologischen und religiösen Richtungen zu einer einzigen Kraft gegen die Verbrechen, Folterungen und Unterdrückungen des chilenischen Volkes.

## ➤ Funktion des Kongresses

Die Berichte der einzelnen nationalen Organisationen auf dem Kongress gaben Einblick in den Stand der momentanen Solidaritätsmaßnahmen, der besonderen nationalen politischen Situationen, der Faktoren, die die Errichtung von Bündnissen in den jeweiligen Ländern bedingen und in einigen Ländern - wie beispielsweise Spanien und Portugal - die Arbeit ungeheuer erschweren. Zu einem Zeitpunkt, da der internationale Kampf gegen den Terror in Chile organisierteren und einheitlicheren Charakter angenommen hat, wo sich die Reaktion mit immer neuen Versuchen der Zerschlagung dieser weltweiten Widerstandskräfte entgegenseht, hat die Turiner Zusammenkunft eine wesentliche Funktion zur inneren Festigung der Bewegung und der Bündnisse, zur Konzentrierung der Kräfte und zur weiteren programmatischen Entwicklung der Aktionen.

## ➤ Vereinheitlichung und Anweisungen

In der Schlußresolution des Kongresses einigten sich die vertretenen internationalen und nationalen Jugend- und Studentenorganisationen auf Forderungen, die in der nächsten Zeit Schwerpunkte der internationalen Solidaritätskampagne sein werden. Dabei stehen einerseits die Forderungen nach internationaler Isolierung (politisch und ökonomisch) der Junta, andererseits solche Aktionen im Vordergrund, die direkt zur Unterstützung des Kampfs in Chile initiiert werden. Immer wieder haben die Vertreter der Unidad Popular darauf hingewiesen, wie ungeheuer wichtig und wirksam gerade die internationale Ebene des Kampfes gegen die Junta ist. Handlungen, die diese Einheit von internationalem Kampf und direkter Unterstützung für den Widerstand in Chile auseinanderreißen, seien stumpfe Waffen. Folgende Punkte wurden u.a. genannt:

- 1) Schluß mit Massenerschießungen, Exekutionen und Todesstrafe
- 2) Freiheit für die politischen Gefangenen
- 3) Aufforderung an die internationalen und nationalen Organisationen sowie Regierungen, gegen die Entlassung von Arbeitern aus politischen Gründen, gegen die militärische Intervention der Universitäten, gegen den Ausschluß von Studenten und Professoren zu protestieren
- 4) Geldsammlungen für die materielle Solidarität
- 5) mehr Botschaften und Briefe nach Chile um die Isolierung des chilenischen Volkes zu durchbrechen
- 6) Forderung nach Ausreisegenehmigungen für die Exilanten in den Botschaften
- 7) Verurteilung der Emissionäre der Junta und Verhinderung, daß sie den Boden der westeuropäischen Länder betreten.
- 8) Fertigung neuer Agitationsmittel wie Plakate, Schallplatten, Informationsbulletins etc.

Inzwischen hat in Rom das Büro "Demokratisches Chile" zu arbeiten begonnen, in dem Repräsentanten aller UP-Parteien, sowie unabhängige

ge Linke und Christdemokraten aus Chile vertreten sind. Die nationalen Chile-Komitees werden aufgefordert, in permanente n Kontakt mit diesem Büro zu treten, um eine ständige und enge Arbeitskoordination zu gewährleisten.

Auch in Turin wurde von den chilenischen Vertretern erneut darauf hingewiesen, daß sich eine breite Widerstandsfrente gebildet hat, die außer der UP auch den MIR und den linken Flügel der Christdemokraten umfaßt.

Höhepunkt des Treffens in Turin war die Demonstration und Kungebung am 18. 11. Die italienische Metallarbeitergewerkschaft hatte diese Manifestation organisiert. Aufgerufen hatten weitere Parteien und Gruppen von der christdemokratischen Jugend, der sozialistischen Partei Italiens, der kommunistischen Partei, bis hin zu "Lotta Continua" und "Il Manifesto". Es sprachen ein junger Fiat-Arbeiter als Repräsentant der italienischen Metallarbeitergewerkschaft, Sandro Pertini - Senator der PSI, Präsident der italienischen Kammer und Widerstandskämpfer im 2. Weltkrieg, ein Vertreter des ZK der KPI und ein Vertreter der Unidad Popular, der noch einmal die Notwendigkeit und den unschätzbaren Wert der Einheit der antiimperialistischen Kräfte im Kampf gegen die Unterdrückung seines Volkes betonte.

## ➤ Grüße für Marburg

In diesem Rahmen ist auch die Solidaritätsbewegung in der BRD zu sehen. Immer wieder wurde in Gesprächen versichert, wie sehr die Aktionen hier bei uns echte Hilfeleistung für die Bewegung bisher waren. Miguel Fuente - er war als chilenischer Vertreter auf der Marburger Veranstaltung - bestätigte, daß diese Marburger Aktion alle seine Erwartungen übertraffen habe und in der BRD selbst ein weitertreibendes Moment sei. Fuente übermittelte seine herzlichsten Grüße an alle Marburger Freunde und Genossen.

Für uns heißt dies:  
Weitermachen mit den Aktionen, Information und der Solidarisierung mit Chile, anknüpfend an die Richtlinien und Beschlüsse der Turiner Konferenz! Kämpft an Eurem Platz  
FÜR DIE FREIHEIT IN CHILE !

## A fianco del popolo cileno i giovani di tutta l'Europa



La manifestazione si svolge a piazza San Carlo: i cartelli ricordano gli impegni di lotta per Chile, Spagna, Grecia.